

## „Staat muss die Haftung neu regeln“

Energie-Expertin Claudia Kemfert über Kosten für Atomrückbau und Finanzkraft der Konzerne

**Frau Kemfert, die Energiewende macht den großen Stromkonzernen anscheinend schwer zu schaffen. Muss man sich Sorgen machen, dass ihnen am Ende das Geld für den Rückbau der Atomkraftwerke fehlt?**

Claudia Kemfert: Genügend Geld müsste eigentlich da sein. Die Kraftwerksbetreiber haben in den vergangenen Jahrzehnten Milliarden-Gewinne gemacht mit ihren abgedruckten Atomkraftwerken. Das waren praktisch reine Gelddruckmaschinen. Erst in jüngster Zeit haben die Konzerne weniger verdient, weil sie viel zu spät in die wirtschaftlichen Chancen der Energiewende investiert haben.

**Für den Abriss der Atommeiler und die Endlagerung des radioaktiven Abfalls haben die Konzerne bis heute 38 Milliarden Euro Rückstellungen gebildet. Reicht das?**

Die Rückstellungen der Kraftwerksbetreiber beruhen auf eigenen Kostenschätzungen. Grundlage sind Erfahrungen, die man bereits beim Rückbau von Atomkraftwerken gemacht hat. Wobei festzustellen ist, dass die Kosten am Ende oft deutlich höher ausgefallen sind, als man vorher angenommen hatte. Insofern ist es in höchstem Maße unsicher, ob die Schätzungen der Betreiber den realen Kosten entsprechen. Und das betrifft jetzt nur die reinen Rückbaukosten. Hinzu kommt ja noch der Aufwand für die Endlagerung des Atomabfalls. Wie hoch der sein wird, kann heute noch niemand beziffern.

**Bleiben wir bei den 38 Milliarden, die für den Rückbau reserviert sind. Das Geld liegt ja nicht im Safe, sondern steckt unter anderem in Kraftwerken und Firmenbeteiligungen. Diese müssten doch erst mal zu Geld gemacht werden, damit die Unternehmen ihren Verpflichtungen nachkommen können oder nicht?**

Also rein theoretisch müssen diese Rückstellungen eigentlich jederzeit – auch jetzt sofort – zur Verfügung stehen. In der Realität sieht das aber anders aus. Die Konzerne befinden sich derzeit in sehr schwierigen Zeiten. Es gibt Umstrukturierungen, es gibt Auflösungserscheinungen und Verlagerungen. Ob man also damit rechnen kann, dass die Konzerne auch in der Lage sein werden, die Kosten allein zu tragen, muss man im Moment wirklich sehr stark anzweifeln.

**Ein neues Gutachten im Auftrag der Grünen geht davon aus, dass die Anlagen und Beteiligungen, die auch als Rücklagen für den Meilerabrisse erhalten sollen, in nicht mal zehn Jahren nur noch die Hälfte wert sind.**

Das muss man jetzt genau bewerten. Man muss herausfinden, wie gut die Konzerne wirklich aufgestellt sind, wie sie den Kraftwerkspark und Geschäftsmodelle auf die Anforderungen der Energiewende umstellen wollen und welche Bonität sie haben. Deshalb plant die Bundesregierung ja auch einen Stresstest für die großen Energiekonzerne.

**Nach dem Vorbild der Stresstests für Banken?**

Ja, ich denke das läuft so ähnlich. Auch hier werden jetzt die Bilanzen ganz genau durchleuchtet und es wird durchexerziert, wie die Unternehmen auf extreme Situationen reagieren könnten.

**Was wäre eine extreme Situation?**

Zum Beispiel, wenn jetzt alle Atomkraftwerke auf einen Schlag abgeschaltet und rückgebaut werden würden. Daher will man wissen, ob in dem Fall die finanziellen Potenziale der Konzerne wirklich ausreichen würden. Und wie man sich wappnen kann, damit die Kosten nicht am Ende von der Allgemeinheit übernommen werden müssen. Das ist ja etwas, was die Regierung aus der Bankenkrise gelernt hat.

**Wie kann sich der Staat wappnen?**

Indem er etwa die Haftungsfrage neu regelt, was ja offenbar auch angedacht ist.

**Um zu verhindern, dass ein Konzern wie**



Claudia Kemfert leitet seit elf Jahren die DIW-Energieabteilung.

FOTO: JENS GYARMATY

**Eon sich durch eine Abspaltung des Atomgeschäfts aus der finanziellen Verantwortung zieht?**

Ja, bislang ist in dem Fall die Haftung der Muttergesellschaft auf maximal fünf Jahre begrenzt. Diese Fristenregelung müsste

man abschaffen und sicherstellen, dass sowohl der Mutterkonzern als auch die Tochtergesellschaft dauerhaft für Zahlungsausfälle haften. Dabei geht es übrigens nicht um die Milliarden, die bereits als Rückstellungen ausgewiesen sind, sondern um die

zusätzlichen Kosten, die gedeckt werden müssten.

**Und wenn sich beim Stresstest herausstellen sollte, dass die Rückstellungen der Unternehmen nicht reichen – müssen die Konzerne dann aufstocken?**

Dann muss man genau klären, was geändert werden müsste. Bei den Banken hat man beispielsweise die Anforderungen an die Höhe des Eigenkapitals heraufgesetzt. Für die Energieversorgungsunternehmen ist auch denkbar, dass man aus den bilanziellen Rückstellungen reale Rücklagen macht, die dann sofort zur Verfügung stehen müssen.

**Es gibt ja auch etliche Kommunen, die an Kernkraftwerken beteiligt sind. Müssen die dann ebenfalls nachschießen?**

Das ist ja gerade auch bei RWE ein Streitthema. Dort befinden sich etwa 25 Prozent des Unternehmens in kommunalem Besitz. Und als Miteigentümer sind die Städte mitverantwortlich für all die Dinge, die der Konzern da tut – unter anderem haben sie dann auch die Kosten für den Abbau der Atomkraftwerke mit zu decken.

**Was halten Sie von dem Vorschlag, einen öffentlich-rechtlichen Fonds einzurichten, in den die Rückstellungen übertragen werden?**

Damit könnte man die Gelder auf jeden Fall absichern. Wichtig wäre jedoch, die Konzerne mit der Einrichtung eines solchen Fonds nicht aus der Verantwortung zu entlassen, sondern für weitere Kosten, die nicht durch die Rückstellungen abgedeckt sind, eine Nachschusspflicht zu vereinbaren. Damit ließe sich zumindest das Risiko minimieren, dass der Allgemeinheit die möglichen zusätzlichen Lasten aufgebürdet werden.

**Und was würde passieren, wenn ein Konzern die Energiewende nicht schafft und pleite geht?**

Dann müsste der Staat sich fragen – genau wie bei den Banken – ob man das Unternehmen als systemrelevant einstuft. In dem Fall würde wieder mal der Steuerzahler einspringen müssen. Das Risiko der Zahlungsunfähigkeit würde ich derzeit allerdings eher gering einschätzen. Die großen Energiekonzerne sind immer noch sehr kapitalstark, auch wenn ihre Kraftwerke jetzt nicht mehr so viel abwerfen. Außerdem gibt es ja die Möglichkeit, Unternehmenseinheiten zu verkaufen. Wettbewerber könnten die Gelegenheit nutzen, bestimmte Anteile zum Schnäppchenpreis zu erwerben.

**Wären die Folgen der Energiewende nicht genügend durchdacht?**

Bei der Atomenergie wusste man von vornherein, dass sie extrem teuer werden würde. Das hat nur niemand richtig mitbekommen, dass wir Steuerzahler das viele Jahrzehnte lang mit Milliarden subventioniert haben. Bei den Erneuerbaren Energien werden Kosten mit Investitionen verwechselt, die transparent ablesbar sind. Dadurch entsteht der Eindruck, als ob die Energiewende ein enormes Luxusgut sei. Dabei ist es genau umgekehrt: Der wahre Kosten-Tsunami entsteht durch die Altlasten, nicht durch die Energiewende. Die Energiewende wird derartige Kosten ja gerade vermeiden und schafft im Vergleich zur Vergangenheit geradezu zum Schnäppchenpreis eine klimaschonende, effiziente und altlastenfreie Energiezukunft.

**Das Interview führte Petra Sigge.**

**Zur Person:** Claudia Kemfert (46) ist in Delmenhorst geboren und aufgewachsen. Studiert hat sie Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten in Bielefeld, Oldenburg und Stanford. Sie ist Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der privaten Universität, der Hertie School of Governance, in Berlin. Seit 2004 leitet sie die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Kemfert lebt mit ihrem Mann in Oldenburg und Berlin.